



(K)EIN BISSCHEN MEHR FRIEDEN?

Unberechenbare Rüstungsexportpolitik konterkariert friedenspolitische Bemühungen der Bundesregierung

Gewalt, Kriege und Konflikte stellen nach wie vor „die größte Gefahr für die menschliche Entwicklung“ dar. Aktuell lebt etwa jeder fünfte Mensch (circa 1,5 Milliarden) in Ländern, die von Gewalt, Krieg und Konflikten geprägt sind. Über 60 Millionen Menschen mussten 2016 vor Krieg und Gewalt flüchten. Auch die Bundesregierung und hiesige Rüstungsfirmen

machen sich daran mitschuldig – durch eine wenig restriktive Rüstungsexportpolitik und Waffenlieferungen in viele Krisen- und Kriegsgebiete dieser Welt.

DAS THEMA Frieden ist einer der fünf Grundpfeiler in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen (UN) und darüber hinaus als eigenständiges Ziel zentral in der Agenda 2030 verankert. Die Bundesregierung hat das Ziel 16 der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG 16) einer friedlichen weltweiten Entwicklung und einer Verringerung aller Formen von Gewalt bis 2030, unter anderem in ihren 2017 verabschiedeten Leitlinien ‚Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern‘ konkretisiert. Dem Konzept liegt ein friedenspolitisches Leitbild zugrunde, das entsprechende klare Vorgaben für die deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik macht. Ausgespart bleibt in diesem Kontext allerdings die Wirtschaftspolitik und vor allem das Thema Rüstungsexporte.

Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete

Fast mantraartig wiederholt die Bundesregierung seit Jahren die Aussage, eine restriktive Rüstungsexportpolitik zu verfolgen. Die Exportpraxis straft diese Aussage jedoch Lügen: Seit Jahren schon gehört Deutschland zu den Top-Fünf-Rüstungsexporturen weltweit. 2018 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von 4,82 Milliarden Euro bewilligt, über 50 Prozent davon ging an so genannte „Drittstaaten“ (Länder außerhalb der Europäischen Union und NATO sowie gleichgestellte Länder). Zu den Hauptempfängerländern zählen somit auch viele Konflikt- und Spannungsgebiete. Das bedeutendste Empfängerland deutscher Rüstungsgüter war 2018 Algerien mit gut 800 Milli-

onen Euro, auf Saudi-Arabien entfielen dem Bericht der Bundesregierung zufolge Genehmigungen in Höhe von 416,4 Millionen Euro.¹ Die wichtigsten Empfänger unter den Ländern des Globalen Südens waren Pakistan, Indien, Indonesien und Ägypten. Nach Informationen des Bonn International Center for Conversion (BICC) lieferte Deutschland 2017 Rüstungsgüter an 52 Staaten mit einer als sehr schlecht eingestuften Menschenrechtssituation und an 27 Länder mit internen Gewaltkonflikten.²

Krieg im Jemen: Bankrotterklärung für vermeintliche deutsche Friedenspolitik³

Für massive Kritik sorgten in den letzten Jahren vor allem die Rüstungsexporte an Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und die übrigen Mitglieder der Kriegsallianz, die seit mehr als

vier Jahren einen blutigen Krieg im Jemen führen. Nach Angaben der UN sind bereits 18.000 ZivilistInnen durch die Kampfhandlungen ums Leben gekommen, über 3,3 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Die UN sprechen daher von der „größten menschengemachten humanitären Katastrophe weltweit“.⁴ Mit ihren Luftangriffen und der Seeblockade ist die Kriegscoalition für einen Großteil der zivilen Opfer und Zerstörungen verantwortlich.

Allein im Zeitraum des Krieges im Jemen genehmigte der Bundessicherheitsrat Rüstungsexporte im Umfang von über fünf Milliarden Euro an die Länder der Jemen-Kriegsallianz. Genehmigungen wurden unter anderem erteilt für Boote aller Art, Komponentenlieferungen für Panzer und Kampfflugzeuge, Bomben und Munition. Diese Güter kommen teilweise im Jemen-Krieg direkt zum



Jemen – ein Land in Schutt und Asche, auch durch deutsche Waffen

© NGO Mwatana

Einsatz wie z. B. die Kampfflugzeuge Eurofighter, die zu 30 Prozent aus deutschen Zulieferungen bestehen.

Die Koalition setzt im Jemen zudem Munition der MK 80-Serie ein, die nicht direkt von Deutschland aus geliefert wird, sondern von Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen in Italien und Südafrika hergestellt und von dort aus direkt an Saudi-Arabien und die VAE geliefert werden. Darüber hinaus hat das südafrikanische Joint-Venture Rheinmetall Denel Munition geholfen, komplette Munitionsfabriken in den Kriegsländern VAE, Saudi-Arabien und Ägypten zu errichten.

Ein bisschen Frieden? Die neuen Exportrestriktionen gegenüber Saudi-Arabien

Dabei wollte die Große Koalition – oder zumindest Teile davon – Waffenlieferungen in den Krieg in den Jemen hinein verhindern. So sollten laut Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2018 keine Rüstungsausfuhren mehr an Länder erfolgen, die „unmittelbar am Jemen-Krieg“ beteiligt sind. Doch erst als Reaktion auf die Ermordung des saudischen Journalisten Kashoggi wurde im November 2018 ein zweimonatiger kompletter Stopp deutscher Rüstungsexporte an Saudi-Arabien erlassen. Dieser wurde zunächst im Januar und dann nochmals im März 2019 bis Ende September 2019 verlängert. Komponenten für Gemeinschaftsprojekte wie das Kampfflugzeug Eurofighter dürfen aber wieder geliefert werden – obwohl längst erwiesen ist, dass diese auch im Jemen-Krieg zum Einsatz kommen. Ebenfalls nicht betroffen sind Rüs-

tungsexporte an andere Länder der Jemen-Kriegsallianz sowie Rüstungslieferungen deutscher Unternehmen, die über ausländische Tochterfirmen und Joint Ventures erfolgen. Auch hier bemüht sich die Bundesregierung nicht, existierende Schlupflöcher und Umgehungsstrategien deutscher Rüstungskonzerne zu schließen.

Die fadenscheinigen Argumente der Waffenbauer

Die deutsche Rüstungsindustrie streitet seit jeher vehement gegen Verschärfungen von Rüstungsexportrichtlinien. Als sie nach den Sondierungsgesprächen zur Großen Koalition befürchten musste, nicht mehr an die Jemen-Kriegsparteien liefern zu dürfen, schlug sie direkt Alarm und warnte vor „deutschen Sonderwegen“⁵ und einer Isolierung Deutschlands in EU und Nato auf dem Gebiet der Verteidigung. Ihr Einsatz lohnte sich: Die Formulierungen wurden abgeschwächt und der versprochene Exportstopp später nicht in die Praxis umgesetzt. Auch gegen die aktuellen Exportrestriktionen gegenüber Saudi-Arabien nach dem Tod Kashoggis lobbyieren die großen Rüstungskonzerne. Der Ex-Vorstandsvorsitzende der Airbus AG Tom Enders warf der Bundesregierung „moralischen Rigorismus“⁶ vor und die Lürssen-Werft verklagte die Bundesregierung auf Schadenersatz, weil sie mehrere Patrouillenboote aktuell nicht ausliefern darf.

Deutsche Rüstungsexporte – Friedenspolitik geht anders

Getrieben vom Druck durch die Rüstungsindustrie, die sich seit jeher

gegen jedwede Beschränkung bei Rüstungsexporten wendet, veranstaltet die Bundesregierung bei diesem Thema einen unberechenbaren Zickzackkurs, der einen einzigen Scherbenhaufen hinterlässt. Ernstgemeinte Friedenspolitik im Sinne des SDG 16 muss das Thema Rüstungsexporte integrieren. Ein rechtlich fixiertes Exportverbot an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten ist dabei ebenso unerlässlich wie klare Regeln, um ein Umgehen der ohnehin schon wenig restriktiven deutschen Rüstungsexportregeln durch die Gründung von Joint Ventures und Ähnlichem zu stoppen. Die Bundesregierung muss endlich Farbe bekennen und sich selbst eingestehen, dass ihre Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete Gewaltdynamiken verstärken und menschliches Elend vergrößern. Die Glaubwürdigkeit anderer friedenspolitischer Aktivitäten und Ambitionen wird dadurch jedenfalls massiv beschädigt.



Dr. Barbara Happe

Die Autorin ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald zu Rüstungs- und Finanzthemen.

- 1 BMWI (2019): Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2018, Rüstungsexportbericht 2018. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexportbericht-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=20.
- 2 GKKE (2018): Rüstungsexportbericht 2018 der GKKE, S. 62. https://www.ohne-ruestung-leben.de/fileadmin/user_upload/drucke/gkke-2018.pdf.
- 3 urgewald (2018): Geschäfte mit dem Tod. Die Rolle Deutschlands im Jemen-Krieg. https://urgewald.org/sites/default/files/Briefing_Jemen_WEB_0.pdf.
- 4 <https://news.un.org/en/story/2018/11/1024782>.
- 5 BDSV (2018): Positionspapier des BDSV zu den Sondierungsergebnissen zur Vorbereitung einer Großen Koalition 2018-2021, S. 4.
- 6 <https://www.businessinsider.de/airbus-chef-wirft-bundesregierung-moralischen-rigorismus-vor-7313472>.



© NGO Mwatana

Ernstgemeinte Umsetzung des SDG 16 heißt Rüstungsexporte regeln.



3/2019

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

SPEZIAL ZUM
NACHHALTIGKEITSGIPFEL
DER VEREINTEN NATIONEN

GROSSE ZIELE, ABER KEIN PLAN.
WO STEHT DIE AGENDA FÜR
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG?